

# SOZIALISTEN

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 51.

Berlin, den 19. Dezember 1909.

13. Jahrg.

## Der Steuer-Weihnachtsbaum.

Arbeitsmann, dein Weihnachtsbaum  
Ist diesmal recht schwer behangen:  
Silberflitter, Blattgoldschäum  
Zwischen grünen Zweigen prangen.  
Der dir schmückte diese Pracht  
War der Vater Staat, der gute,  
Daß dir in der Weihenacht  
Sei recht frohgestimmt zu Mute.

Still: aus jeder Wille hört  
Man das gleiche, grimme Rannen . . .  
Schau nur zu, was dir beschert,  
Arbeitsmann! Ja, du wirst staunen!  
Sieh: an jedem Nadelast  
Hängt in hunder, schwerer Fülle  
Eine hübsche Steuerlast, —  
Jeder sieht sie ohne Wille!

Nimmst ein Streichholz du zur Hand,  
Daß sich Kerz' um Kerz' entzündet, —  
Schenkt Zigarr'n als Freundschaftspfand  
Jemand dir zum Angebinde, —  
Wein, Parflim und Seife wär  
Auch beliebt, — jedoch nicht heuer!  
Denn auf allem lastet schwer  
Dieses Jahres böse Steuer!

Und willst im Familienkreis  
Du die Weihnachtsfreude feiern, —  
In des Fleisches, des Bieres Preis  
Schlummern listig arge Steuern!  
Wo du hinschaust, grinst enorm  
Hochgeschraubt es dir entgegen,  
Was dir die Finanzreform,  
Proletar, gebracht als Segen!

Arbeitsmann, aus bösem Traum,  
Der dich zähe hält umfangen,  
Schreckt dich wach der Weihnachtsbaum  
Diesmal nicht mit seinem Drängen!  
Ja, dich packt gerechte Wut . . .  
Nähr sie! Tief ins Herz sie senket!  
Arbeitsmann, sei auf der Hut  
Und vergiß nicht die Geschenke! . . .

Was die Weihnachtsglocke singt  
Hell von Freude und von Frieden, —  
Was die Weibestunde bringt  
Still an Glück, — ist dir's beschieden?  
Doch der Lohn folgt jeder Tat, —  
Mögen sie auch heut frohlocken  
Noch so laut . . . Die Stunde naht:  
Dann ertönen uns're Glocken!

## Die Kostenrechnung der Weltpolitik.

Europa steht im Zeichen der Steuerkämpfe. Selten waren sie so heftig, niemals so allgemein. In Deutschland haben die Kämpfe um die „Finanzreform“ den Bloc zum Scheitern gebracht und einen Gegensatz zwischen der industriellen Bourgeoisie und dem Agrarierium offenbart, der die Regierung selbst in Mitleidenenschaft zieht. In Frankreich Steuerkämpfe, in Italien Steuerkämpfe, in Oesterreich wartet man bloß auf die „Flotmachung“ des Parlaments, um die Steuerkämpfe zu entfalten, und nun gar in England Steuerkämpfe, die sich zu einem Verfassungskonflikt ausgewachsen haben.

Man unterschätzt die Bedeutung der gegenwärtigen politischen Kämpfe in England, wenn man in ihnen bloß den Sturm gegen das Oberhaus erblickt, oder — vom anderen Gesichtspunkte — das Bestreben der Lords, das Budgetrecht an sich zu reißen. Die etlichen hundert Lords würden es in dem modernen England nicht wagen, sich dem Parlament entgegenzusetzen, wenn nicht im Volke selbst eine Spaltung wäre, die die liberale Mehrheit im Parlament recht ernstlich bedroht. Nicht aus Uebermut drängt das Oberhaus zur Auflösung des Parlaments, sondern weil es bei den Neuwahlen eine andere Parlamentsmehrheit erhofft.

Steuern sind niemals populär. Wenn aber auch die englische „Finanzreform“ etwas anders ausfällt, als die verabschiedete deutsche, und unter anderem eine sehr respectable Erbschaftsteuer enthält, so schleppt sie doch recht hohe indirekte bzw. Verbrauchssteuern mit, die im letzten Grunde das konsumierende Volk belasten. Es soll die Branntweinsteuer um ein Drittel erhöht werden — der Mehrbetrag wird mit 32 Millionen M. berechnet. Die Tabaksteuer soll um 15 bis 25 pCt. gesteigert werden — Mehrertrag 50 Millionen M.. Die Stempelgebühren werden erhöht, desgleichen die Börsenumsatzsteuer! Als Novum wird ein kompliziertes System von Bodensteuern eingeführt, deren Ertrag aber nur auf 1/2 Millionen Pfund Sterling, also 10 Millionen M. geschätzt wird. Die Wirkung ist offenbar viel zu gering, um ein sozialpolitisches Interesse zu erwecken. Im ganzen werden über 120 Millionen M. indirekte und eine halbe Milliarde neuer direkter Steuern gefordert!

Ein solches Steuerbulet ist wohl geeignet, das Land in Aufruhr zu versetzen. Es wird damit offenbar die gesamte Politik des Reichs zur Diskussion gebracht. Man fragt sich, woher das kommt, daß solche Steuersteigerungen notwendig geworden seien, wo denn das viele Geld hinkomme? Diese Fragestellung bringt aber erst die finanzielle Zerrüttung zum Bewußtsein, die in Großbritannien seit dem Hervortreten des Imperialismus um sich gegriffen hat.

Der Burenkrieg bedeutet einen Wendepunkt in der Finanzgeschichte Englands. Bis dahin hatte der englische Staat, ein stabiles, langsam steigendes Budget. Die Staatseinnahmen betrugen 70 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1861, ebensoviel 1871, dann 84 Millionen im Jahre 1881, in einem weiteren Jahrzehnt 89 Millionen, aber schon 108 Millionen im Jahre 1899 und nach dem Burenkrieg 141 Millionen; sie stiegen dann von Jahr zu Jahr, waren 145 Millionen im Jahre 1907, eine Steigerung von 40 pCt. in acht Jahren; dennoch wurde in dem neuesten Budget ein Defizit von 17 Millionen Pfund Sterling, also 340 Millionen M. herausgerechnet. Seit dem Burenkrieg sind alle wichtigeren Staatssteuern gesteigert wor-

den. Besonders interessant ist die Entwicklung der Zollertäge: seit 1861, wo sie noch 23,3 Millionen Pf. ausmachten, sanken diese beständig, 1899 waren sie 20,8 Millionen, 1904 dagegen 33,8 Millionen, eine Steigerung um 60 pCt.! Diese Mehrerträge sind hauptsächlich erreicht worden durch Zölle auf Tee, Zucker und Wein. Seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts war man in England bemüht, die Staatschuld durch konsequente Tilgungen zu vermindern. Im Jahre 1820 betrug die englische Staatschuld 801,6 Millionen Pfund Sterling. Sie sank dann von Jahr zu Jahr. Selbst der Krimkrieg vermochte nicht, dieser Bewegung auf die Dauer Einhalt zu tun. Wohl stieg von 1855 bis 1859 die englische Staatschuld um 34 Millionen Pfund, sank aber dann wieder von Jahr zu Jahr. So bis zum Jahre 1901, wo sie mit 551,2 Millionen ihren niedrigsten Stand erreichte. Die Staatschuld verminderte sich um 250 Millionen Pfund Sterling. — das war die Arbeit von 70 Jahren! Aber nun setzte eine Steigerung ein, und schon 1907 war die englische Staatschuld 632 Millionen; sie vermehrte sich in 6 Jahren um über 80 Millionen Pfund Sterling, oder 1600 Millionen M.!

Das sind die Verhältnisse, in denen der englische Budgetkampf und Verfassungskonflikt wurzelt.

Als diese Kostenrechnung des Imperialismus präsentiert wurde, da waren es gar nicht erst die Lords, da war es die Börse, die Beter und Mordio schrie. Die Londoner „City“, die selbst die blutigste Propaganda für das „größere Britannien“ gemacht hatte, pflanzte das Banner der Rebellion auf. Die Herren vom Kapital ließen sich den Burenkrieg gefallen, weil es sich dabei um die Goldminen handelte, sie ließen sich die Kriegs- und Rüstungsanleihen gefallen, weil diese ihnen Zinsen einbrachten; wie es aber jetzt zum Zahlen kam, erklärten sie, das sollen andere für sie tun!

Die Opposition, die keine Mehrheit im Parlament erlangen konnte, verschanzte sich hinter dem Oberhaus. So ist die Situation. Was aber weiter? Selbst wenn es gelingen sollte, die in allen Volksteilen steigende Unzufriedenheit mit den wachsenden Steuerlasten bei den Neuwahlen zur Beseitigung der liberalen Mehrheit auszunützen, so würde doch die neue Mehrheit vor der gleichen Aufgabe stehen, da das Defizit, das die ganze Finanzordnung niederreißt, aus der Welt zu schaffen. Die Imperialisten haben allerdings ein probates Mittel bei der Hand — die Zölle. Da es sich zugleich darum handelt, Vorzugszölle für die britischen Kolonien zu schaffen, so stehen im Mittelpunkt des Ganzen die Lebensmittelzölle. Abgesehen schon von der Zerrüttung des Handelsverkehrs Englands mit allen Staaten, außer seinen Kolonien, die durch diese Politik erzeugt worden wäre, wäre die Lebensmittelförderung offenbar der sicherste Weg, die Erbitterung in den Volksmassen erst recht zu steigern.

Und wenn die Liberalen siegen, dann ist das Leid offenbar auch nur für den Augenblick gestillt. Denn die finanziellen Erfordernisse des Imperialismus — die Ausgaben für Armee und Flotte — steigen ganz enorm und werden bald neue Mittel notwendig machen. Das ist eben die Frage, die angesichts der gegenwärtigen Budgetkrise in England aller Welt sich aufdrängt: wo hinaus? und wie soll das enden? Die Regierung erklärt, das Reich stehe vor dem Bankrott und ihre Kritiker erklären, sie treibe es in den Bankrott hinein.

Von beiden Seiten wird zugestanden, es gebe keinen Ausweg: Imperialismus oder Sozialismus!

Aber jeder Schlag, den das Parlament gegen das Oberhaus führt, ist ein Schlag gegen den Imperialismus, und jeder Schlag, den das Oberhaus gegen die Regierung führt, ist ein Schlag gegen den Kapitalismus!

So in England mit seiner am weitesten entwickelten Kolonialpolitik und Weltbeherrschung. Die anderen Staaten, die jetzt sich mit Steuern versehen, um erst ihre Kolonialpolitik und ihren Imperialismus großzuziehen, haben erst recht den Streit im Saum!

### Die Novelle zur Gewerbeordnung und die Arbeiterinnen.

Mit dem 1. Januar 1910 erhalten die Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung Gesetzeskraft, die einen erweiterten gesetzlichen Schutz, namentlich den Arbeiterinnen bringen sollen.

Wiel ist es freilich nicht, was die neuen Gesetzesbestimmungen der Arbeiterchaft bieten. Einige Vorschriften dürften auch in den Verufen, wo eine gute gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist, kaum einen nennenswerten Einfluß auf die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen ausüben.

Der 10stündige Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen, den die Novelle vom 1. Januar 1910 ab festsetzt, ist in der Praxis für die Mehrzahl der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter durch die gewerkschaftlichen Kämpfe längst erreicht worden. Nur dort, wo die Arbeiterchaft schwer zu organisieren ist, z. B. dort, wo viele Heimarbeiter in Frage kommen, finden wir noch eine längere Arbeitszeit. Die Begrenzung des Arbeitstages für Arbeiterinnen wird im allgemeinen nur für Ueberstundenarbeit von Bedeutung sein.

Von größerem Einfluß ist dagegen zweifellos die Bestimmung, daß Arbeiterinnen am Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen nach 5 Uhr abends (bisher 5 1/2 Uhr) nicht mehr beschäftigt werden dürfen und ferner, daß die Arbeitszeit an diesen Tagen 8 Stunden (bisher 10 Stunden) nicht überschreiten darf.

Diese Bestimmungen veranlassen denn auch die Unternehmer, Sturm dagegen zu laufen. Nach einem Zirkular der Geschäftsbücherfabrikanten besteht bei diesen die Absicht, die an solchen Tagen den Prinzipalen verloren gegangenen Arbeitsstunden an anderen Tagen nachholen zu lassen. Bei Lohnarbeitern natürlich ohne Extrazuschädigung. Ferner wird beabsichtigt, an den Bundesrat das Ersuchen zu richten, auch für das Buchbindergewerbe Sonderbestimmungen zu erlassen, die die Ausbeutung der Arbeiterinnen in überlanger Arbeitszeit auch nach dem 1. Januar ermöglichen.

Dem Bundesrat steht nämlich auch nach der neuen Fassung des § 139a der Gewerbeordnung das Recht zu, für Verufe, in denen regelmäßig während einer gewissen Zeit des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt (Saisongewerbe) die längere Beschäftigung von Arbeiterinnen zu gestatten.

Eine längere als 10stündige Beschäftigung, und zwar bis zu 12 Stunden, ist aber schon ohne bundesrätliche Ausnahmebestimmungen während der Hochsaison von 50 Tagen im Jahre unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Es bedarf hierzu allerdings der Genehmigung der unteren und höheren Verwaltungsbehörden, die auch nur von Fall zu Fall erteilt wird. Die vom Bundesrat für ganze Verufe generell erlassenen Ausnahmebestimmungen sollen den Unternehmern eine noch größere Ausbeutungsmöglichkeit geben.

Auf Grund der bisherigen Fassung des § 139a der Gewerbeordnung bestanden für verschiedene Gewerbe, z. B. für Konfektfabriken, solche Ausnahmebestimmungen.

Der Verein der Fischindustriellen und die Besitzer von Betrieben für Obst- und Gemüsekonserven haben auch diesmal auf Erlaß von Sonderbestimmungen angetragen, und der Bundesrat hat auch diesmal dem Ersuchen entsprochen. Für die Arbeiterinnen der Konfektfabriken kommen also die Vorteile der Novelle zur Gewerbeordnung, soweit sie den Arbeitstag betreffen, kaum in Frage.

Namentlich für Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie sind ferner die Bestimmungen von Bedeutung, nach denen das Mitnehmen von Arbeit nach Hause den Arbeiterinnen versagt ist, die während des Tages 10 Stunden in der Werkstatt beschäftigt gewesen sind. Die Mitnahme ist nur dann gestattet, wenn die zur Fertigstellung der mitgenommenen Arbeit notwendige Zeit in Verbindung mit der in der Fabrik oder Werkstatt zugebrachten, die Dauer von 10 Stunden nicht übersteigt. Für Sonn- und Festtage darf Arbeit nach Hause überhaupt nicht mitgenommen werden. In den Verufen der Bekleidungsindustrie war es bisher üblich, durch Mitnahme von Arbeit nach Hause den geringen Wochenverdienst etwas auszubessern, natürlich nur dadurch, daß die Arbeiterinnen neben der Arbeit in der Werkstatt noch bis in die Nacht zu Hause tätig waren. Gerade die Möglichkeit in Bekleidungsindustrie, die Arbeitszeit bis ins Unendliche auszudehnen, durch Werkstatt- und Überarbeit oder nur durch Heimarbeit, ist Ursache für die im Bekleidungsindustrie vorkommenden niedrigen Stundenlöhne. Auch die Textilindustrie genießt den traurigen Ruhm, mit zu den Verufen zu zählen, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind, was überall da der Fall ist, wo die Arbeit — oder doch ein Teil derselben — in der Heimarbeit, also in unregelmäßiger Arbeitszeit, verrichtet wird.

Dies beweist uns, wie notwendig es gewesen wäre, dem Antrage der Arbeitervertreter im Reichstage zu entsprechen und auch die Heimarbeit und die

Handindustrie den Arbeiterschutzbefehlen der Gewerbeordnung und der Gewerbeaufsicht zu unterstellen. Ob der Bundesrat von dem Rechte, dies anordnen zu können, in gleicher Weise Gebrauch machen wird, wie es mit dem Rechte geschieht ist, durch Erlaß von Ausnahmebestimmungen den Unternehmern verschiedener Verufe die lange Beschäftigung von Arbeiterinnen zu ermöglichen, bleibt abzuwarten. Es wird gut sein, bezüglich Regelung der Heimarbeiterverhältnisse keine großen Hoffnungen zu hegen.

Eine der wichtigsten Änderungen, die die Novelle bringt, ist die Bestimmung, daß künftig alle Betriebe, die in der Regel mehr als 10 Personen beschäftigen, oder mit Dampf- oder Motorbetrieb arbeiten lassen, der Revision der Gewerbeaufsichtsbeamten unterliegen. Für eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen bedeutet dies sicherlich großes Vorteil. Leider ist auch der von den Sozialdemokraten im Reichstage gestellte Antrag, alle Betriebe mit mehr als fünf Personen den Schutzvorschriften und der Gewerbeaufsicht zu unterstellen, abgelehnt worden. Es bleiben also immer noch viele Tausende von Arbeiter und Arbeiterinnen von den Vorteilen der Arbeiterschutzesgesetzgebung ausgeschlossen.

Wie dringend notwendig die Ausdehnung der Schutzvorschriften auch auf Kleinbetriebe ist, beweist ein Fall, über den der Gewerbeaufsichtsbeamte von Schleswig berichtet. Dort konnte der Besitzer einer Fischräuchererei eine Arbeiterin wiederholt die ganze Nacht beschäftigen, ohne gegen die Gesetzesvorschriften zu verstößen, weil in seinem Betriebe nur 7 Personen tätig waren. Der Mann wird in derselben Weise auch nach dem 1. Januar 1910 verfahren können, wenn ihm die Arbeiterinnen nicht durch Anschluß an die Organisation das Handwerk legen.

Leider sind aber gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter besonders schlechten Verhältnissen arbeiten, am schwersten für die Organisation zu gewinnen. Die lange, anstrengende Tätigkeit macht zum Denken unfähig, und ist die Saison vorüber, und läßt die Beschäftigung und auch der Verdienst nach, oder hört wohl für eine Zeit ganz auf, dann drückt die Sorge den ganzen Menschen nieder. So lange aber die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht den Weg zur Organisation finden, werden sie aus den brüderlichen Verhältnissen nie herauskommen und stets ein Spielball in den Händen der Unternehmer sein, selbst in Betrieben, für die die Vorschriften der Gewerbeordnung zutreffen.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht bei weitem nicht aus, um eingehende Revisionen der Betriebe zu ermöglichen. Wo die Arbeiterchaft also nicht selbst für Innehaltung der Vorschriften sorgt — und das kann sie nur, wenn sie organisiert ist — wird nach ihnen nicht gehandelt. Dies trifft nicht bloß auf die Regelung der Arbeitszeit zu.

Die Arbeiterinnen täuschen sich auch häufig über das, was ihnen eine lange Arbeitszeit bringt. Einen Vorteil bedeutet sie in der Regel nur für die Unternehmer. Der in überlanger Arbeitszeit erzielte Wochenverdienst entbehrt diese der Notwendigkeit, höhere Stundenlöhne zahlen oder die Akkordpreise erhöhen zu müssen, was zweifellos geschehen müßte, wenn mit den in geregelter Arbeitszeit erreichten Verdiensten nicht auszukommen wäre. Im letzteren Falle würde die Arbeiterchaft durch die Not der Verhältnisse nämlich gezwungen werden, mehr zu verlangen, und dann würde sie auch mehr erhalten. Dem gemeinen energischen Vorgehen der Berufscollegen und Kolleginnen haben die Unternehmer aller Branchen bisher noch immer Rechnung tragen müssen.

Dagegen bringt lange Beschäftigung sicher gesundheitlichen Schaden. Dies ist ja auch der Grund, warum durch Gesetzesbestimmung der Arbeitstag für Arbeiterinnen, wenigstens für einen Teil derselben, zeitlich begrenzt worden ist. Verhaftigten wir jetzt, daß viele Arbeiterinnen neben der Erwerbsarbeit noch hauswirtschaftliche Arbeiten verrichten müssen, dann wird der Vorteil einer geregelten, verkürzten Arbeitszeit geradezu in die Augen springend.

An den Arbeiterinnen wird es liegen, ob ihnen der geringe gesetzliche Schutz auch in der Praxis zugute kommt. Es kann dies nur geschehen durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Diese müssen und werden darüber wachen, ob den Vorschriften gemäß verfahren wird, und sie allein sind im Stande, zu verhindern, daß die Novelle zur Gewerbeordnung für die Arbeiterinnen irgendwelche Schädigungen im Gefolge hat.

### Wirtschaftliche Rundschau

**Abnahme des Fleischkonsums.** Nachdem es im ersten Halbjahr schien, als ob der Fleischverbrauch sich im laufenden Jahre merklich kräftiger entwickeln würde als 1908, hat das dritte Quartal wieder einen Rückschlag gebracht. Nach den Ergebnissen der Schlachtwiege- und Fleischschau stellte sich nämlich die dem Konsum zugeführte Fleischmenge ohne Einbeziehung der Hauschlachtungen und außerdem ohne die Pferde- und Hundeschlachtungen in Millionen Kilogramm auf:

	1908	1909	Gegen 1908
1. Halbjahr . . .	1 230,26	1 241,29	+ 11 03
3. Quartal . . .	629,16	629 01	- 0 15
1. bis 3. Quartal	1 859,42	1 870,30	+ 10,88

Danach ist die Einschränkung im 3. Quartal nicht bedeutend. Sie fällt aber deswegen stärker ins Gewicht, weil der Zuwachs der Bevölkerung zu berücksichtigen ist. Berechnen wir nämlich den Fleischkonsum Deutschlands, unter Berücksichtigung des monatlichen Bevölkerungszuwachses, so kamen im 3. Quartal d. J. auf den Kopf der Bevölkerung nur 9,86 Kilogramm Fleisch aller Art, während im Vergleichsquarteral des Vorjahres rund 10 Kilogramm auf den Kopf gekommen waren. Für die ersten drei Quar-

tale zusammen ergibt sich eine Verbrauchsmenge von 29,41 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gegen 29,47 Kilogramm im vorigen Jahre. Bei den einzelnen Fleischsorten gestaltete sich der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung im 3. Quartal in Kilogramm wie folgt:

	1908	1909	Gegen 1908
Rindfleisch . . .	4,13	4,24	+ 0,11
Kalb- und Schweinefleisch . . .	0,72	0,82	+ 0,10
Schweinefleisch . . .	4,88	4,51	- 0,37
Hammel- u. Ziegenfl.	0,27	0,29	+ 0,02

Der Rindfleischkonsum ist im Vergleichsquarteral höher als in allen Vergleichsquarteralen der Vorjahre; 1907 wurden im 3. Quartal 3,84 Kilogr., 1906: 3,88, 1905: 4,08 Kilogramm und 1904 endlich 4,20 Kilogramm Rindfleisch pro Kopf der Bevölkerung konsumiert. In den ersten drei Quartalen d. J. zusammen betraf sich der Rindfleischkonsum auf 11,95 Kilogramm gegen 11,36 Kilogramm in derselben Zeit 1908. Auch der Kalbfleischkonsum hat eine kräftige Zunahme gegen das Vorjahr aufzuweisen; er geht um mehr als 10 pCt. über den vorjährigen hinaus. Der Hammel- und Ziegenfleischkonsum ist zwar nicht bedeutend, doch weist auch er eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre auf. Die einzige Fleischsorte, deren Konsum zurückgegangen ist, ist Schweinefleisch, also gerade die Sorte Fleisch, die in den minder bemittelten Bevölkerungsschichten am meisten konsumiert wird. Die Abnahme des Schweinefleischkonsums ist derartig heftig, daß das Plus, das der Konsum der anderen Sorten zeigt, völlig ausgeglichen wird. In den ersten drei Quartalen d. J. erreichte der Schweinefleischkonsum überhaupt nur eine Höhe von 14,29 Kilogramm gegen 15,19 Kilogramm in der Paralleletzeit 1908. Ja sogar hinter dem des Jahres 1907 bleibt der Schweinefleischkonsum noch zurück, denn damals stellte er sich in den ersten drei Quartalen bereits auf 14,88 Kilogramm, also um 0,59 Kilogramm höher als dieses Jahr.

### Aus unserer Beruf.

#### Automobilfahrer.

**Berlin.** Ein charakteristischer Entlassungsgrund. Was ehemalige Berufscollegen, jetzige Inhaber eines Betriebes mit 4 Mitarbeitern von ihren Fahrern verlangen, besagt folgender Brief zur Genüge:

„Nach unserer heute vorgenommenen Rentabilitätsausstellung hat sich der Betrieb mit dem neuen Wagen als unrentabel erwiesen, demzufolge wir gezwungen sind, einen Wechsel in der Besetzung vorzunehmen. — In der Annahme, daß Sie nicht gewillt sind, einen der anderen Wagen zu fahren, geben wir Ihnen hiermit die Entlassung und reichen anbei die Invalidentaxe zurück.“

Golzjnsid u. Hünze,  
Automobilbetriebe,  
Berlin N. W.

Wir würden dieser Firma nichts nachsagen können, wenn hier ein Fahrer in Betracht käme, welcher der Arbeit gleichgültig gegenübersteht, nach dem Lohnbuch des Betreffenden ist dies aber nicht der Fall. Betreffender Kollege hat 20 Tage lang den besagten neuen Wagen gefahren. In dieser Zeit hat er nach seinem Lohnbuch, im Durchschnitt täglich 86 1/2 Stm. zurückgelegt und pro Tag 30 Mk. und 30% Pfg. eingenommen. Das sind auf den Kilometer berechnet 35 Pfg. Mit einer solchen wirklich guten Entnahme in der Jetztzeit erklärt sich die Firma Golzjnsid und Hünze noch nicht entverstanden, sie verlangt nach mehr von ihren Fahrern. Man kann sich hieran ein Vergriff machen, zu welchen Mitteln die dort beschäftigten Fahrer greifen müssen, um ihre Firma zu retten, stellen zu können. Macht sich vielleicht unter ehemaliger Kollege und guter „Freund“ Herr Hünze das berühmte Sprichwort zu eigen, das da sagt: „Wie der Herr, so das Gescherr.“ Dann allerdings werden die in seinem Betriebe beschäftigten Kollegen zu angehalten, gegenüber den anderen Kollegen im Verkehr keine Rücksicht zu nehmen. Jeder bescheidene Führer, der im Droßfengeschäft eingeweicht ist, würde froh sein, wenn seine Fahrer täglich 30 Mk. einnehmen. Leider gibt es außer Golzjnsid u. Hünze noch mehrere Firmen unter den Kleinbetrieben, welche ihre Fahrer zu der denkbar größten Rücksichtslosigkeit im Verkehr anhalten. Auf Grund unserer in der letzten Fahrerversammlung gefaßten Resolution werden wir uns jetzt mehr mit deraartigen Firmen beschäftigen. Betriebe, die nur durch weitgehendste Ausnutzung der Arbeitskraft ihrer Chauffeure bestehen können, sind nicht existenzberechtigt und sind wert, so bald wie möglich, von der Weltfläche zu verschwinden. Unsere Kollegen mahnen wir aber, im Dienst ihre Pflicht zu erfüllen, aber in ihrem eigenen Interesse oben erwähnte Resolution zu beachten. Dem überhand nehmenden „Greifen“-Fahren muß ein Damm entgegen gesetzt werden.

**Jur 15 Kilometer-Geschwindigkeitsgrenze.** Die Ueberführung des Luftschiffes „Z 2“ nach Köln im Laufe des Sommers entwickelte einen lebhaften Automobilverkehr dorthin. An diesem Tage wurden in Neuw am Obertor 15 Chauffeure zur Anzeige gebracht wegen zu schnellen Fahrens. — Nach der Schätzung der hiesigen Kollegen müssen es bedeutend mehr Fahrer gewesen sein, die mit 15, teilweise mit 30 Mk. Strafe diese Schandtat des Automobilsühnen mußten.

Ein verstoßter Sünder war der Chauffeur A. K., dieser beantragte die Entscheidung darüber, ob die Polizei auch befugt ist, über das Weichbild der











eingetreten in Burg b. Magdeburg, sowie des Mitglieds Richard Kantze, Spt.-Nr. 224 515, eingetreten 21. 2. 09 in Danzen, festzustellen und sofort an den Unterzeichneten zu senden.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3 Absatz 7a und b nachstehende Mitglieder:

Albert Andelefakt, Spt.-Nr. 11 381, Adolf Gerth, Spt.-Nr. 30 062, Emil Hartwig, Spt.-Nr. 23 647, Franz Wandel, Spt.-Nr. 2895, Oskar Schowin, Spt.-Nr. 27 635, Emil Trensch, Spt.-Nr. 10 131 der Verwaltungsstelle Berlin; Wilhelm Schröder, Spt.-Nr. 106 319, Karl Vack, Spt.-Nr. 100 424, August Köhner, Spt.-Nr. 103 717, der Verwaltungsstelle Hamburg I.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

S. N.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Käßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verbandsmitglieder!

Als diesjährige Weihnachtsprämie stellen wir den Lesern des „Courier“ die Bücher:

August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus

Jubiläums-Ausgabe in Prachteinband zum Preise von 3 Mark; ferner

Carus Sterne:

Werden und Vergehen

Entwicklungsgeschichte der Wirbeltiere und des Menschen.

herausgegeben von Wilhelm Bölsche, mit zahlreichen Abbildungen im Text und mit prachtvollen Tafeln in Holzschnitt und Farbendruck, zum Preise von 3 Mark zur Verfügung.

Da wir nur eine beschränkte Anzahl dieser Prachtwerke abgeben können, bitten wir unsere Leser, ihre

Bestellungen recht bald ihren örtlichen Verwaltungen übermitteln zu wollen.

Ferner sind wir gern bereit, den Ortsverwaltungen auf Verlangen Ansichtsexemplare dieser Werke zu übermitteln.

Verlagsbuchhandlung „Courier“.

Briefkasten.

M., Leipzig. Wenn Du mit dem „Praktischen Buch“ nicht zufrieden bist, können wir Dir leider nicht helfen. Unserer Buchhandlung kostet das Exemplar 40 Mk. Im übrigen findest Du alles für Dich Notwendige viel besser in Stadthagens „Arbeiterrecht“, dieses kostet Dir nur 7 Mk.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Kassenbericht pro 2. Quartal 1909.

A. Einnahme.

Table with columns for category (An Kassenbestand, An Einnahme, An direkten Einnahmen, An Einnahmen für Lohnbewegungen), amount in M and S, and total Summa.

B. Ausgabe.

Table with columns for category (Per Drucklegung, Unterstüßungen, Druckfachen, Ausgaben bei Lohnbewegungen, Kassenbestand am 30. 6. 09), amount in M and S, and total Summa.

C. Bilanz.

Table showing Kassenbestand am 1. 4. 09, Einnahme, Ausgabe, Mehreinnahme, and Kassenbestand am 30. 6. 09 with M and S columns.

Carl Käßler, Kassierer.

Revidiert am 1. Dezember 1909.

Verthold Streiner, Karl Millhahn, Gustav Fues, Carl Fröhbrodt, Adolf Vied.

Achtung, Verbandsmitglieder!

Für das Jahr 1909 sind nicht 52, sondern 53 Wochenbeiträge zu entrichten, das 53. Feld ist im Mitgliedsbuch vorgesehen. Die Einkassierer werden gebeten, besonders darauf zu achten, daß die 53. Marke auch eingeklebt wird.

Der Vorstand.

S. N.: O. Schumann.

Abrechnung

der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 2. Quartal 1909.

Large table with columns for Gau resp. Bezirk, Zahl der Mitglieder, Bestand vom vorigen Quartal, Einnahmen (Eintrittsbühren, Wochenbeiträge, etc.), and Summa.

Ausgabe

Table with columns for Gau resp. Bezirk, Verträge, Verträge, Verträge, Verträge, Verträge, Verwaltungsausgaben (persönliche, sächliche), Versammlungs-, Bibliotheks-, Kartell-, Porto-, In die Hauptkasse gesandt, Kassenbestand, and Summa.